



Iris Spranger

MITGLIED DES ABGEORDNETENHAUSES VON BERLIN

SPD-FRAKTION

VORSITZENDE AK STADTENTWICKLUNG,
SPRECHERIN FÜR BAUEN, WOHNEN UND MIETENPOLITIK

STELLV. LANDESVORSITZENDE SPD BERLIN

Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
D-10111 Berlin
Tel. (030) 23 25 22 91
Fax (030) 23 25 22 29
iris.spranger@spd.parlament-berlin.de

Bürgerbüro
Köpenicker Straße 25
12683 Berlin
Tel.(030) 522 833 65
Fax. (030) 522 833 67
buergerbueero.spranger@web.de

www.iris-spranger.de

Berlin, den 13.10.2017

Pressemitteilung

Iris Spranger MdA: „Mieterinnen und Mieter besser schützen – Reformpaket endlich in den Bundesrat“

Die Regierungsparteien unter Führung der SPD fordern den Berliner Senat auf, unverzüglich ein Reformpaket in den Bundesrat ein zu bringen, das sich mit den vier wichtigsten Kernpunkten: Mietpreisbremse, Mieterhöhungen, Modernisierungumlage und Mietspiegel befasst. Dazu wurde jetzt ein Antrag der Regierungsparteien eingebracht und dem Abgeordnetenhaus zum Beschluss vorgelegt.

So sollen bei der **Mietpreisbremse** die Ausnahmeregelungen abgeschafft werden. Eine Entfristung über 31.12.2020 wird gefordert. Sanktionen gegen Verstöße von Vermietern sollen eingeführt werden.

Eine Kappung auf maximal 15 Prozent innerhalb von 5 Jahren bei **Mieterhöhungen** ohne Wohnwertverbesserung wird gefordert und die Mietpreiserhöhungen sollen ausschließlich mit dem qualifizierten Mietspiegel begründet werden.

Die **Modernisierungumlage** soll von derzeit elf auf sechs Prozent gesenkt werden und einer zeitlichen Befristung bis zur vollständigen Refinanzierung der Modernisierungsmaßnahme unterliegen.

Es sollen bundesweit geltende Vorgaben und Kriterien für einen qualifizierten **Mietspiegel** erarbeitet werden. Der Bezugszeitraum soll von vier auf zehn Jahre erweitert werden.

Iris Spranger MdA, SPD Fraktion und Bau- und Mietenpolitische Sprecherin dazu: „Es ist dringend erforderlich, dass eine weitere Mietrechtsreform umgesetzt wird. In ganz Deutschland sind Städte und Gemeinden davon betroffen, dass in nicht ausreichendem Maße bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann. Die rasante Mietpreisentwicklung treibt viele Menschen in persönliche Notsituationen, das kann nicht länger geduldet werden. Ich fordere eine Bundesweite einheitliche und soziale Mietpolitik.“

V.i.S.d.P. Iris Spranger, MdA